

Regierungsbildung veranlaßt, beschlossen, den Parteiausschuß zum Sonntag, den 24. Januar, nach Berlin einzuberufen. Der Parteivorsitz tritt am Sonntag nachmittag 2 Uhr in Berlin zusammen.

### Das Kabinett gebildet.

(Durch Funkspur.)

Berlin, 19. Jan. Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler Dr. Luther vorgenommenen Nominierung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Wette nun mehr gebildet ist. Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden. (B. T. B.)

### Heute noch keine Regierungserklärung.

Berlin, 19. Jan. Auf die Tagesordnung der morgigen Reichstagssitzung, die nachmittags 3 Uhr beginnt, ist die Entgegnahme einer Regierungserklärung noch nicht gelegt worden, vielmehr hat der Präsident aus die Tagesordnung achtet den Bericht des Geschäftsführungsabkommens über Einigung von Strafverfahren gegen Mitglieder des Reichstages und kleinere Parteien, sowie die Fortsetzung der dritten Beratung des Reichshaushalts für 1925.

### Die „Times“ zur deutschen Kabinettshölle.

London, 19. Jan. Die misslungenen Versuche Dr. Putters bei der Kabinettbildung gehen der „Times“ heute zu jüngeren Ausführungen an. Das Blatt meint, man dürfe nicht vergessen, daß Dr. Luther ein neutrales Kabinett bilden soll. Der Geist, in dem seine Anstrengungen durchgeführt worden waren und die Maßnahmen, die seine Rücksicht erforderten hätten, um sie insbanden zu machen, ließen die Aussichten eines solchen Kabinetts alles andere als alarmerend erscheinen. Nicht die auswärtigen Angelegenheiten seien die wichtigsten Probleme für Deutschland.

### An Deutschland droht das wirtschaftliche Problem

also andere zu bedrohen.

Die Arbeitslosigkeit nehmend händig an. Pauschette seien zahlreich, die Kreditwirtschaft, der Handel verlore einen Markt nach dem anderen. Welcher Richtung auch die Regierung sei, ihre Lage würde sehr kritisch sein, wenn sie im Ernst zu schweren Maßnahmen greifen könnte. (T. U.)

### Gegen den Besuch Italiens.

Wien, 19. Jan. Der deutsche Schulverein Südmärk erläutert einen Aufruf gegen den Besuch Italiens. Er fordert die Österreicher auf, daß den Brüder in der Abschiedsstunde gehobene Worte einzubringen und das italienische Staatsgebiet zu vermeiden. Der deutsche Schulverein wird in den nächsten Tagen gemeinsam mit allen nationalen Vereinigungen im Reich und in Österreich ohne Unterblöde der Parteitrennung in Aktion treten, um die Verbarbeitung für diesen Besuch möglichst abzuweichen. (T. U.)

### Das Verbot deutscher Schilder in Tschechien gesetzwidrig.

Prag, 19. Jan. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof verkündigte heute die Entscheidung über mehr als 160 Beschwerden, welche von Gemeinden, zahlreichen Gastwirten, Hoteliers und Hotelgesellschaften sowie einzelnen Gastronomiebetrieben verschiedener Städte gegen die im Anfangsang vom Handelsministerium bestätigten Entbindungen der Gewerbebehörden über die Schilder, Aufsätze und Erhebungen, welche erhoben worden waren. Die Gemeindebehörden hatten befannlich den Hoteliers und Gastwirten in den deutschen Kurorten und Ausflugsorten aufgetragen, sämtliche äußeren und inneren Aufschriften, Aushänge, Schilder, Speise- und Getränkearten nur tschechisch oder mehrsprachig mit tschechischem Text an erster Stelle auszuführen und für tschechisches Personal zu sorgen. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof hat alle diese Entscheidungen wegen Gesetzwidrigkeit aufgehoben, da die Entscheidungen der Gewerbebehörden nicht unter den Vorschriften gewerbepolizeilicher Maßnahmen fielen. Mit den Einwänden der Gewerbebehörde, die angeführten Entscheidungen widerstritten der Verfassung, dem Sprachgesetz und dem Friedensvertrag von St. Germain, befaßte sich das Oberste Verwaltungsgericht nicht. (B. T. B.)

### Polnische Besetzung der Westerplatte.

Danzig, 19. Jan. Der Polenbundskommissar teilte vor einigen Tagen dem Senat mit, daß Polen beabsichtige, schon jetzt die militärische Wache für das Munitionslager auf der Westerplatte einzurichten. Am gestrigen Tage sind ein Offizier und 22 Mann auf der Westerplatte eingetroffen und dort untergebracht worden.

Die Sile, mit der Polen die militärische Bewachung auf der Westerplatte einrichtet, ist offiziell, da zurzeit noch gar keine Munition auf der Westerplatte vorhanden ist, die zu bewachen wäre.

### Keine Verschiebung der Abrüstungskonferenz.

Berlin, 19. Jan. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist mit einer Verschiebung der Tagung der vorbereitenden Konferenz für die Abrüstungskommission nicht zu rechnen. Die Konferenz wird am 15. Februar zusammentreten.

### Pariser Vortrag Einsteins über die Universität Jerusalem.

Paris, 19. Jan. Prof. Einstein, der zur Einweihung des Völkerbundes für geistige Zusammenarbeit nach Paris gekommen ist, hat heute vor der Vereinigung Frankreich-Palästina in Anwesenheit des Rektors der Universität Paris, des sozialistischen Abgeordneten Leon Blum, und einer Anzahl Gelehrter, Schriftsteller und Künstler über die Bedürfnisse und das Funktionieren der Universität Jerusalem einen Vortrag gehalten. (B. T. B.)

### Schanghai von Tschangtsolin genommen.

Paris, 19. Jan. Die Nachrichten-Agentur Indo-Pazifik berichtet aus Peking, Tschangtsolin Tempeln hätten nach einem Kampf Schankrat belagert. Die 4. Armee Nomination sei auf dem Rücken begriffen. Es sei eine Bewegung im Gange, um die Rückkehr des zurückgetretenen früheren Präsidenten der Republik Li Juan-Schou, der nach der Revolte noch 83 Tage offiziell Präsident von China ist, durchzuführen.

### Die Berliner Explosions-Katastrophe.

Berlin, 19. Jan. Nach den bisherigen Auffindungen an Berliner Gasexplosionen sind fünf Leichen neugefunden, von denen bei vier die Identität festgestellt werden konnte. Die als tot gemeldete Chefarzt Lanauer lebt und ist unverletzt. Schwer verletzt sind sechs Personen, davon unter zwei Kinder. Weitere verletzte drei Personen. Es besteht die Möglichkeit, daß noch weitere Leichen unter den Schuttmassen liegen. Das 2-jährige Kind der Familie Schröder konnte noch nicht geborgen werden.

Die gestern abend abgebrochenen Auffindungsarbeiten an der Moabitener Gasleitung wurden heute früh bei Tagesanbruch wieder aufgenommen. Der schengelähmende Doff der Außenwand liegt sich noch außen und droht jeden Augenblick einzufallen, so daß die Arbeit der Feuerwehrleute mit großer Gefahr droht. Es sollen zunächst Maßnahmen ergriffen werden, die Vermutung, daß unter den Trümmerresten noch Todesopfer stecken, scheint sich zu bestätigen, denn von den Haushbewohnern werden noch verschiedene Personen vermisst. Die 24 betroffenen Mietparteien haben noch Untermiete gehabt, und wo alle diese Personen sich aufzuhalten, ist nur zum Teil bekannt.

# Frankreich und der Besetzungsstandal.

### v. Hoesch bei Briand.

Paris, 19. Jan. Nachdem Botschafter v. Hoesch bereits vor einigen Tagen mit dem Generalsekretär im Außenministerium Philipp Berthelot die Frage der Stärke der Besatzungstruppen in der 2. und 3. Zone besprochen hatte, hat er nunmehr heute abend mit dem Ministerpräsidenten Briand hierüber verhandelt und ihm den Standpunkt der Reichsregierung in dieser Frage klargestellt. Die Unterredung dauerte etwa ½ Stunde. (B. T. B.)

Von amtlicher deutscher Seite wird folgendes Kommunikato ausgegeben: Nachdem der deutsche Botschafter v. Hoesch schon vor einigen Tagen wegen der Verhinderung des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der Stärke der französischen Besatzungstruppen im Rheinland bei dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums vorstellig geworden war, bat er gestern nachmittag in der gleichen Angelegenheit eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Briand ab. Die Unterredung dauerte fast eine Stunde.

Es ist kaum anzunehmen, daß Briand bereits gestern eine definitive Antwort gegeben hat. Die französische Regierung verhält sich weiter ziemlich ablehnend. In übrigen lösen London und gleichlautende Pariser Informationen darauf schließen, daß einer Entscheidung der französischen Regierung in der Angelegenheit ein Meinungs austausch der alliierten Regierungen vorausgehen wird. Ergänzende Londoner Meldungen besagen, daß Dr. Schamer bei seinem Besuch im englischen Auswartigen Amt eine schriftliche Aufzeichnung hinterlassen hat, die augenblicklich von den autoritären Stellen geprüft wird. An den dem englischen Auswärtigen Amt nahestehenden Kreisen seien man dazu, den deutschen Standpunkt zu teilen, wonach die Gesamtzahl der englischen, französischen und belgischen Soldaten im Rheinland nicht mehr als 45 000 Mann betragen sollte.

### Eine Anfrage zum Besetzungs-Shandal.

Berlin, 19. Jan. Im Reichstag ist eine Interpellation der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der es a. heißt, daß nach englischen Zeitungsmeldungen der Untersuchung des Botschafterrates vorgeschlagen habe, die Stärke der in den zweiten und dritten Zone verbleibenden Besatzungstruppen auf etwa 75 000 Mann festzuhalten. Es wird gefragt, ob diese Nachricht zutrifft und welche Schritte die Regierung getan hat bzw. zu tun gedenkt, um eine derartige Maßnahme zu verhindern, ob sie insbesondere gewollt ist, auf den Widerruf mit der Note des Botschafterrates vom 10. November 1925 hinzuwollen, in der die Herabebung der Besatzungstruppen auf die annähernd normale Stärke, d. h. auf 45 000 bis 50 000 Mann, abgeschafft ist.

Es wird schließlich noch gefragt, ob die Regierung weiter gewillt ist, vor dem Eintritt in den Weltkrieg und die Frage der Stärke der Besatzung in einer Weise zu regeln, die den berechtigten Ansprüchen des Rheinlandes und des ganzen deutschen Volkes, insbesondere aber den Abmachungen von Locarno entspricht.

### Der Kampf gegen Versailles.

Selbst im Präsentantenhaus!

Nürnberg, 19. Jan. In der heutigen Sitzung des Präsentantenhauses, in der mit 230 gegen eine Stimme die 50 000 Dollar für Genf bewilligt wurden, brachte der Abgeordnete Berger eine Resolution ein, nach der Präsident Goedde der Genfer Konferenz die Aktion des Versailler Vertrags anheimstellen sollte. Berger erklärte, er glaube nicht an eine wirkliche Abrüstung, solange dieser Friedensvertrag besteht, der die Ursache aller Unruhen ist. Bergers Aufführung wurde mit Applaus aufgenommen und seine Resolution wurde niedergelehnt.

### Der Rundfunk im besetzten Gebiet.

Aublens, 19. Jan. Die zwischen der deutschen Behörde und der französischen Rheinarmee gepflegten Verhandlungen

gau über den Rundfunk, die anfangs des Monats in Wien, bilden zum Abschluß gelangt sind, haben in den Anweisungen des kommandierenden Generals der französischen Rheinarmee über den Rundfunk in dem von der französischen Rheinarmee besetzten Gebiet vom 6. Januar eine Niederchrift erfahren. Auf Grund des Art. 2 des Rheinlandabkommen und des Art. 14 der Verordnung 808 der Rheinlandkommission beschloß der kommandierende General der französischen Rheinarmee die Verordnung zu erlassen. (B. T. B.)

### Eine Erklärung des Jungdo.

Von der Leitung des Jungdeutschen Ordens in Sachsen wird uns zu den Hochverratsverfahren gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung mitgeteilt:

Zwei ehemalige Ehrendame der Wallfahrt Niedersachsen des Jungdeutschen Ordens, die Herren Dr. Fenge und Dr. Schumäckel, hatten in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, wonach die ehemalige Ausrittbewegung auf die Unterredung der Ordensleitung mit Briand, sowie zurückzuführen sei. Durchphantastische Versuche, die in die Öffentlichkeit getragen wurden, sprach man von einem angeblichen Hochverrat der Ordensleitung und wurde weiter verbreitet, daß der Hochmeister einen Palik mit den Franzosen geschlossen habe, noch während er mit ihrer Hilfe Diktator von Deutschland werden wolle, und ebenso wurde gesagt, daß die Verhaftung des Hochmeisters unmittelbar bevorstünde. Der Hochmeister Arno Maier und der Ordenstanzler begaben sich zur Klärung sofort nach Kassel, wo sie feststellen mußten, daß auf Grund vornehmster Zeitungsberichte die Bevölkerung sich zum Eintritt veranlaßt habe. Die Staatsanwaltschaft sah also einen Fall des Hochverrats als vorliegend an. Die Herren Fenge und Schumäckel sollen diesbezüglich schon vernommen worden sein, offenbar ist auf Grund ihrer Aussagen der Verdacht, daß Hochverrat vorliege, nicht gefallen, so daß zweck Weiterverschaffung des Verfahrens die Aten dem Obertribunal vorgelegt werden sind.

Von der Leitung des Jungdeutschen Ordens wird aus Berlin folgende Erklärung veröffentlicht, daß die aufgestellten Verdächtigungen vollkommen unhaltbar sind und in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Es sind in Wirklichkeit einschneidende französische Staatsmänner an den Jungdeutschen Orden herangetreten, um eine für beide Völker nützliche Handlung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich zu erörtern. In dem Augenblick, in welchem diese Erörterungen einen zweifellos ernsten Charakter annehmen und über das Maß einer persönlichen Unterhaltung hinausgehen, haben der Hochmeister Arno Maier und der Ordenstanzler Otto Bornemann es für ihre Pflicht gehalten, in persönlicher Rücksicht den Vorsitz des Hochmeisters und der Ordenstanzler als solche vom benigen Staat nicht erhalten werden können. Der leitende Geschäftsführer, Schreiber, sowie der Obertribunal, auch sein, den ehemaligen Fürsten und ihren Familien als Privatpersonen ihr ganzes unverweltkraft reines Privatgeheim zu befreien und ihnen im übrigen eine ihrer früheren hohen Stellung unter den beständigen Verhältnissen angemessene und würdige Lebenshaltung zu gewährleisten. Vor der Herbeiführung eines Volksentscheids in dieser Angelegenheit warnt Kreßreuter, weil er eine unzulässige, nur von Demagogie beherrschte Situation zur Folge haben würde. Deshalb ganz deutlich dar, Inhalt des kommunistischen Volksentscheidsentwurfs.

Daraus wird nun dieser schändliche Angriff in die Öffentlichkeit gebracht. Wir fordern völlige Auflösung des Selbstvertrags in aller Öffentlichkeit und wollen auf die bereits erfolgte öffentliche Anfrage an den preußischen Minister des Innern hin.

### Frankreich als Mittler zwischen Schweiz und Rußland.

Basel, 19. Jan. Wie die Telegraphen-Union erklärt werden heute der Hochmeister Maier und der Kanal-Bornemann des Jungdeutschen Ordens in Berlin von einem aus Leipzig entstandenen Vertreter des Obertribunals vernommen. (A.T.U.)

# Bolzbegehr über die Fürsten-Absindung.

### Der kommunistische Antrag eingegangen.

Berlin, 19. Jan. Mit dem kommunistischen Antrag auf Herbeiführung eines Volksentscheids über die Fürstenabsindung, der gestern bei der Reichsregierung eingegangen ist, ist zum ersten Male ein Antrag auf Volksentscheid von einer ärgerlichen Gruppe gestellt worden. Erhörunnen über Volksbegehren und Volksentscheid liegen in Deutschland noch nicht vor. Die Reichsregierung kann sich nachdem der Antrag gestellt ist, nun über die weiteren Maßnahmen schließen. Gestern der Antroffeller in ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf vorgelegt, der zunächst einem Volksbegehren anzurechnen ist, der eine Eintragungsfrist von 14 Tagen festlegt ist. Mindestens ein Hundert der Stimmberechtigten wird sich einzutragen, also rund vier Millionen, andernfalls fällt das Volksbegehren ins Wasser. Bei der letzten Reichstagswahl haben die Kommunisten 2,7 Millionen Stimmen gehabt. Sie müssen noch 1,8 Millionen dazu aus anderen Quellen zu gewinnen suchen, um zunächst das Volksbegehren durchzuführen. Der Gesetzentwurf ist, wenn die nötige Stimmenzahl zusammenkommt, dem Reichstag vorzulegen. Lehrt der Reichstag den Entwurf ab oder nimmt er Änderungen vor, so ist darüber der Volksentscheid herbeizuführen. Dabei müssen mindestens die Hälfte der Wähler ihre Stimmen abgeben, andernfalls fällt auch der Volksentscheid ins Wasser. Da wir rund 40 Millionen Stimmberechtigten haben, müssten sich also etwa 20 Millionen an dem Volksentscheid beteiligen.

Alle übrigen Parteien werden nun mehr wohl die Parole ausspielen, sich an der Abstimmung überhaupt nicht zu beteiligen. Wer sich am Volksentscheid mit einer Meinung beteiligt, verbessert damit die Aussichten der kommunistischen Antroffeller.

### Auch die Sozialdemokratie für ein Volksbegehr.

Berlin, 19. Jan. Der sozialdemokratische Parteiausschub hat beschlossen, dem Vorschlag des Parteivorstandes beizutreten und den Antrag auf Volksbegehr in der Frage der Fürstenabsindung zu stellen. Man war der Meinung, daß trotz des Verhaltens der Kommunisten ein selbständiges Vorhaben der Sozialdemokratie am Platz sei, da der sozialdemokratische Antrag zum Siege geführt werden könnte, weil bei ihm auf die Unterstützung durch zahlreiche demokratische und republikanische bürgerliche Elemente zu rechnen wäre.

### Das Schiedsgericht als Ausweg der Mittelparteien.

Berlin, 19. Jan. Die Bemühungen der Mittelparteien, die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern auf dem Wege eines Schiedsgerichts zu regeln, stimmen mit einem Vorschlag überein, den der Denzeler Oberverwaltungsgerichtsrat Prof. Dr. Koellreuter im neuen Beste der "Deutschen Juristenzettel" macht. Koellreuter will dieses Reichsgericht aus Beratungsmännern der Beteiligten zusammengesetzt wissen, die nicht nach parteipolitischen Altkräften, sondern nur nach den Geschäftspunkten besonderer fachlicher Eignung zu benennen wären. Eine Vertretung der Fürsten im Schiedsgericht befürwortet er nicht. Dagegen sei im Verfahren eine

weltgehende Mitarbeit von Vertretern der Fürsten vorzusehen. Die Behandlung der Auseinandersetzungen als bloße parteipolitische Parteirechtsstreit lehnt er ab, weil sich der deutsche Staat durch die finanzielle Ausdehnung und die militärische Auseinandersetzung mit den Fürsten zur Erfüllung seiner sozialen und kulturellen Aufgaben nicht unfähig machen lassen darf. Auch betont Koellreuter, daß die früheren Donatien als solche vom benigen Staat nicht erhalten werden können. Der leitende Geschäftsführer ist, schreibt Koellreuter, nach dem den ehemaligen Landesherrn und den Mitgliedern der landesherrlichen Familie abgegebenen Verzicht- und Anerkennungsverträgen geschlossen worden ist. Die über die Auseinandersetzung entstandenen Meinungsverschiedenheiten haben zur Antragstellung des Schiedsgerichts geführt, welches die Höhe festgestellt hat. Neben der Leiterschaft des Schiedsgerichts, sofern er sich auf Rügen und nicht auf Rügen befindet, besteht schließlich der Schiedsgericht in Schwerin die Klage auf Aufhebung des Schiedsgerichts. Die Auseinandersetzung des Reichsgerichts ist für Mecklenburg-Schwerin in allen Fragen der Reichsverfassung ohne eine vorhergehende Aenderung der Reichsverfassung nicht gegeben. Die Notwendigkeit einer solchen Aenderung der Reichsverfassung kann für Mecklenburg-Schwerin nicht als vorliegend erkannt werden. Die weiteren Erörterungen drehen sich um die verbindungsrechtlichen Auseinandersetzungen in Oldenburg und Schaumburg-Lippe.

Der Vertreter des Reichsinnenministers erklärte, die Regierung habe keine Rechtsgrundlage zu einer Anweisung an alle Landesregierungen, daß bis zum Abschluß der Fürstenabsindungsträge jeder Beruf auf den Besty der Fürstenhäuser verhindert werden möge. Das Reichsinnenministerium werde auch nicht in der Lage sein eine umfassende und detaillierte Übersicht über den bisherigen Besty zu geben, der aus den ehemaligen Fürstenvermögen an die Länder geflossen ist. Viele Landesregierungen würden auch kaum eine außerordentliche Auskunft über das Privatvermögen der Fürsten geben können.

Berlin, 19. Januar. Behrens und Moyer haben im Zusammenhang mit den Vorschriften des Arbeitgeberverbands ihre Vorstandämter im Centralverband der Landarbeiter niedergelegt, bis die Angelegenheit restlos geregelt ist.